

SPD-Stadtratsfraktion Augsburg · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Kurt Gribl  
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Augsburg, 24.06.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktionen von SPD und CSU stellen gemeinsam  
folgenden

**Dringlichkeitsantrag:**

1. Die Schaffung einer Ganztagsstelle, eingruppiert in EG8/A8 und einer Ganztagsstelle in EG 6/A6 zum Stellenplan 2015 im Bereich Bürgeramt/ Führerscheinstelle. Alternativ können auch bestehende Teilzeitstellen aufgestockt und die beiden beantragten Stellen dann nur noch mit dem verbleibenden Stundenanteil versehen werden.
2. Die Weiterführung der bisher vom Referat 1 bewilligten Zusatzstunden für die Teilzeitkräfte bis zur Freigabe der beantragten Stellen, bis über die vorstehenden neu beantragten Stellen entschieden ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt für das Bürgeramt/ Führerscheinstelle schnellstmöglich eine Organisationsuntersuchung durchzuführen.

**Begründung:**

Die Führerscheinstelle wurde im Jahr 2009 in das Bürgeramt, Sachbereich Ordnungsbehörde integriert. Personell ist der Fahrschulschalter bislang mit nur einer Sachbearbeiterin besetzt, die aufgrund der Neuorganisation im Jahr 2009 (Eingliederung des Fahrschulschalters in den allgemeinen Servicebereich) die längeren Öffnungszeiten mit abzudecken hat und bei Fehlbedarf im allgemeinen

Service dort einspringen muss. In gemeinsamer Arbeit mit der Amtsleitung des Bürgeramtes, dem Sachgebietsleiter und dem Organisationsamt wurde eine neue Struktur für die FEB entwickelt, damit die bis dahin aufgelaufenen Probleme (veraltete Aktenführung, lange Wartezeiten bis zu drei Stunden im Parteiverkehr, inakzeptable Rückstände in den Bereichen Führerscheintourismus, Punkteangelegenheiten, Entzugsverfahren bei Drogen- und Alkoholdelikten, inhaltliche und rechtliche Überforderung der Mitarbeiter) damals noch ohne zusätzlichen Personalbedarf (bis auf einige wenige Zusatzstunden) bereinigt werden konnten. In erster Linie wurden hierfür die Arbeitsbereiche entzerrt, klar strukturiert und kleinen Arbeitsgruppen zugeteilt:

- Punkteangelegenheiten
- Entzugs- und Neuerteilungsverfahren
- Service mit integriertem Fahrschulschalter.

Diese Maßnahmen waren zumindest für die darauf folgenden 2-3 Jahre durchaus erfolgreich, führten zu einer Verringerung der Wartezeiten und zu insgesamt einer deutlichen Verbesserung der Kundenzufriedenheit.

Zwischenzeitlich hat sich jedoch die Situation in der Sachbearbeitung wieder erheblich verschlechtert. Auslöser hierfür waren die Häufung der Rechtsänderungen im Fahrerlaubnisrecht (allein sechs durchgreifende Änderungen in den letzten drei Jahren) und die daraus resultierende ständig wechselnde Rechtsprechung mit entsprechenden Auswirkungen auf die Sachbearbeitung und die Abwicklung des Parteiverkehrs, ein deutlicher Anstieg der drogen- und alkoholbedingten Verkehrsverstöße, die rapide Zunahme der Anträge auf begleitetes Fahren mit 17, die umfangreiche und durch die Neuregelung noch verschärfte Situation im Bereich des Punktesystems, die Einführung der turnusmäßigen Weiterbildungen für die Berufskraftfahrer, die EU-Erweiterung, sowie gestiegene Anforderungen im Bereich der EDV etc.

Dadurch sind neben längeren Wartezeiten im Parteiverkehr vor allem unzumutbar lange Bearbeitungszeiten und daraus resultierend auch ein erneuter Zuwachs an Beschwerden – insbesondere im Bereich des „Fahrschulschalters“ – zu verzeichnen. Durch die Mithilfe aller Mitarbeiter und mit dem Einsatz von überplanmäßigem Personal konnten die Rückstandszeiten noch eine Zeit lang in einem gerade noch vertretbaren Umfang gehalten werden. Aber im Laufe des Jahres 2012 und Anfang 2013 waren alle zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgebraucht mit der Folge, dass in allen Bereichen

ebenfalls erhebliche Rückstände aufgelaufen sind. Eine erneute Personalverlagerung zu einem der genannten Teilbereiche der Fahrerlaubnisbehörde würde somit die bereits angespannte Situation in den anderen Bereichen noch erhöhen.

Inzwischen bewegen sich die Bearbeitungszeiten auch bei den sicherheitsrechtlich bedenklichen Vorgängen wie z. B. Führerscheinentzüge wegen wiederholten Drogen- oder Alkoholkonsums – eine potenzielle und tägliche Gefährdung der anderen Verkehrsteilnehmer – in einem nicht mehr vertretbaren Rahmen, obwohl die Mitarbeiter mit allen Mitteln und hohem persönlichen Einsatz versuchen schnellstmöglich auf die Abarbeitung der Vorgänge reagieren.

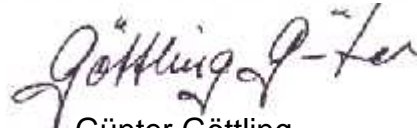
Um der öffentlichen Sicherheit, der erforderlichen Verkürzung der Warte- und Bearbeitungszeiten und der Entlastung der äußerst angespannten Personalsituation in diesem Bereich Rechnung zu tragen, stellen die Stadtratsfraktionen von SPD und CSU diesen Dringlichkeitsantrag.

Margarete Heinrich  
Fraktionsvorsitzende  
SPD-Stadtratsfraktion



Bernd Kränzle, MdL  
Fraktionsvorsitzender  
CSU-Stadtratsfraktion

Dr. Florian Freund  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
SPD-Stadtratsfraktion



Günter Götting  
Stadtrat  
CSU-Stadtratsfraktion